

14.12.2021

## Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/14700  
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)  
Drucksache 17/15769 (Beschlussdrucksache nach der 2. Lesung)

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 17/15900

3. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

#### **Kapitel 03 110 Polizei**

#### **Titel 519 03 Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen**

Erhöhung des Baransatzes

<b>HH 2022</b>		<b>Ansatz lt. HH 2021</b>
von	6.430.000 Euro	4.250.000 Euro
um	2.000.000 Euro	
auf	8.430.000 Euro	

#### **Begründung:**

Landesweit beobachten wir eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete. Neben Beleidigungen und Bedrohungen kommt es dabei teilweise sogar zu körperlichen Übergriffen. Die NRW-Koalition tritt dem entschieden entgegen und setzt sich gegen jede Form von Gewalt gegen Bedienstete ein. Für die bisherigen Aktivitäten stehen exemplarisch die vereinfachte Einrichtung von Auskunftssperren im Melderegister oder auch ein Best- Practice-Leitfaden für alle Dienststellen.

In einigen Dienststellen erfordert ein wirksamer Schutz vor Übergriffen allerdings auch ergänzende kleinere bauliche Anpassungen. Das ist beispielsweise in Diensträumen mit Bürgerkontakt der Fall, wo aufgrund fehlender Durchgangstüren in bedrohlichen Situationen kein zweiter Fluchtweg besteht. Im Sinne einer besseren Gewaltprävention sollen mit den zusätzlichen

Datum des Originals: 14.12.2021/Ausgegeben: 14.12.2021

Haushaltsmitteln daher kleinere bauliche Anpassungen in Polizeidienststellen umgesetzt werden. Ziel des Haushaltsgesetzgebers ist, dass die ergänzenden Haushaltsmittel treffsicher für zusätzliche bauliche und technische Maßnahmen zum besseren Schutz der Bediensteten eingesetzt werden (u.a. ergänzende Fluchttüren, Sicherheitsverglasungen, Schließvorrichtungen und Zugangsbeschränkungen, Überwachungstechnik o.Ä.).

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne

und Fraktion